

[Abschrift]

PRAGER AUFRUF

Prag, 11. März 1985

Sehr geehrte Freunde,

vierzig Jahre lang hat es auf europäischem Boden keinen Krieg gegeben. Trotzdem ist Europa kein Erdteil des Friedens. Ganz im Gegenteil: als die hauptsächlichliche Reibungsfläche zweier Machtblöcke ist es ein Ort ständiger Spannung, von der Bedrohung für die ganze Welt ausgeht. Ein Krieg, der hier entstünde, würde nicht nur zum Weltkrieg, sondern wäre wahrscheinlich tödlich für die Welt.

Die Ursache für diese unheilvolle Rolle Europas ist seine Teilung. Unsere gemeinsame Hoffnung besteht in ihrer Überwindung, die nur in einem zielbewußten, allmählichen und von allen vereinbarten Wandel der politischen Realität selbst, die sie bewirkt, möglich ist.

Der kriegslose Zustand dauert auch deshalb schon vierzig Jahre, weil beide Gruppierungen eine Situation respektieren, die entstanden ist, als die in Jalta verabredeten Sphären militärischer Operationen zu militärisch-politischen Blöcken entarteten. Erhaltung, Verteidigung und Festigung dieses Zustands sind von unterschiedlichen Befürchtungen vor Destabilisierung des entstandenen Gleichgewichts bedingt. Ein Wandel erfordert deshalb besondere Sensibilität. Er darf nicht von der Drohung mit einer wie immer gearteten Obermacht begleitet sein. Er erfordert vielmehr die Schaffung von Garantien und Sicherheiten, das Bewerten und Zusammenfügen aller Teilaspekte, die Anerkennung des gegenwärtigen Zustands als Ausgangspunkt für Veränderungen und den Ausschluß der Befürchtungen, es könnten alte Gefahren aufleben, die schon zweimal in diesem Jahrhundert zur Katastrophe geführt haben. Die Möglichkeiten, den bestehenden Zustand zu überwinden, sind bei weitem nicht so ungünstig, wie es scheinen mag.

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Schlußakte von Helsinki, die Folgeverhandlungen in deren Rahmen oder das Schlußdokument von Madrid sind nicht nur eine Bestätigung des Status Quo, sondern ein Programm europäischer und europäisch-amerikanischer Zusammenarbeit. In diesem Prozeß verhandeln nicht Blöcke, sondern gleichberechtigte Partner. In ihm ist die Unabhängigkeit der Teilnehmerstaaten bekräftigt und es sind Prinzipien der Beziehungen akzeptiert worden, deren Anwendung die Perspektive eines geeinten Europa eröffnet. In Übereinstimmung mit den Traditionen europäischer Kultur ist hier der Gedanke von der Unteilbarkeit des Friedens nicht nur in den Beziehungen zwischen den Staaten, sondern auch zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Bürger und Macht verankert.

Die Forderung an die Regierungen, die Verpflichtungen zu erfüllen, die sie selbst eingegangen sind, ist eine bisher wenig genutzte Möglichkeit der Friedensbewegung. Dabei ermöglicht dieses völkerrechtlich bekräftigte System den Bürgern sowohl die öffentliche Kontrolle der Regierungen wie auch die schöpferische Überwindung erstarrter Haltungen. Unterschiedliche Verhältnisse in den einzelnen Ländern führen zur Betonung unterschiedlicher Schwerpunkte. Sie zu verstehen und zu respektieren ist jedoch Bedingung für ein gemeinsames, solidarisches Vorgehen.

Ein demokratisches und souveränes Europa kann nicht existieren, wenn irgendeinem Bürger, einer Gruppe oder einer Nation das Recht bestritten wird, über die Ereignisse mitzuentcheiden, die nicht nur das tägliche Leben, sondern das Überleben selbst beeinflussen.

In der Zusammenarbeit und im Dialog mit allen, die wirklich die gegenwärtige gefährliche Situation überwinden wollen, ist es dann möglich, mit eigenen Initiativen zur Abrüstung, zur Schaffung atomwaffenfreier und neutraler Zonen aufzutreten, die Entwicklung der Kontakte zwischen Einzelnen, Gruppen und Staaten anzuregen, Nichtangriffspakte, Gewaltverzicht oder Verzicht auf Atomwaffen zu unterstützen, ebenso regionale Verträge aller Art, einschließlich solcher z.B. zur Annäherung von EG und RGW, gemeinsam sich gegen rücksichtsloses Verhalten der Umwelt gegenüber zu wehren, die Regierungen beim Wort zu nehmen, ihre Vorschläge zu analysieren und deren Folgen zu Ende zu denken. Kurz gesagt: jede individuelle, Gruppen- oder Regierungsinitiative zu unterstützen, die dem Ideal der Annäherung und freien Einigung der europäischen Nationen dient und die Schritte abzulehnen, die dieses Ziel ferner rücken oder vereiteln.

Wir können auch einigen bisherigen Tabus nicht aus dem Wege gehen.

Eines davon ist die Teilung Deutschlands.

Wenn man in der Perspektive der europäischen Einigung niemandem das Recht auf Selbstverwirklichung streitig machen kann, dann gilt das auch für die Deutschen. Wie alle übrigen, so

kann auch dieses Recht nicht auf Kosten anderer zur Geltung gebracht werden, auch nicht, indem man ihre Befürchtungen übersieht. Erklären wir also eindeutig, daß der Ausweg nicht in einer nochmaligen Revision der europäischen Grenzen gesucht werden kann. Grenzen sollten im Rahmen der europäischen Annäherung immer weniger bedeutsam werden, doch auch das kann nicht als Gelegenheit zu nationalistischen Rückfällen ausgelegt werden. Erkennen wir aber offen den Deutschen das Recht zu, sich frei zu entscheiden, ob und in welcher Form sie die Verbindung ihrer zwei Staaten in ihren heutigen Grenzen wollen. Nach den Ostverträgen Bonns und nach Helsinki könnte der Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland eines der bedeutenden Instrumente eines positiven Wandels in Europa werden.

Eine weitere derartige Frage ist der Abzug fremder Armeen. Schlagen wir also vor, daß der Nordatlantik-Pakt und der Warschauer Pakt so bald wie möglich Verhandlungen über die Auflösung ihrer militärischen Organisationen beginnen, über den Abzug und die Beseitigung aller Kernwaffen, die in Europa installiert oder auf Europa gerichtet sind, und über den Abzug der militärischen Verbände der USA und der UdSSR aus den Gebieten ihrer europäischen Verbündeten. Bestandteil dieses Abkommens sollte die Verminderung des Bestandes der Armeen aller Seiten auf dem europäischen Kontinent auf ein Niveau sein, das alle Befürchtungen, von wem auch immer, vor einem möglichen Überfall ausschliesse.

Diese und andere Aufgaben sollten Bestandteil eines komplexen Prozesses sein, der nicht gegen jemanden gerichtet sein darf, sondern auf Annäherung gerichtet ist. Wir wollen kein Europa als dritte Großmacht schaffen, sondern die Großmacht- und Blockstruktur überwinden in der Vereinigung freier und unabhängiger Nationen in einem gesamteuropäischen Verband, einer demokratischen und souveränen Gemeinschaft, die in Freundschaft mit den Nationen der ganzen Welt lebt. Nur freie und würdige Bürger können die Freiheit und Selbstbestimmung der Nationen garantieren. Und nur souveräne Nationen können Europa als eine Gemeinschaft gleichberechtigter Partner begründen, von dem nicht die Gefahr eines globalen Kriegs in die Welt ausstrahlt, sondern das ein Beispiel für wirkliches, friedliches Zusammenleben ist.

Vielleicht erscheint dieses Ideal wie ein Traum. Wir sind jedoch überzeugt, daß es dem Willen der Mehrheit der Europäer entspricht. Es lohnt sich also, sich dafür einzusetzen. Um so mehr, als die heutige Welt kaum ihre Krise überwinden wird, wenn sich nicht auch Europa auf den Weg macht, der seinem Willen entspricht. Wir glauben, daß unser Standpunkt auf Ihr Verständnis stößt.

Wir wünschen ihren Verhandlungen Erfolg.

Vaclav Benda, Petr Cibulka, Jan Carnogursky, Albert Cerny, Jiri Dienstbier, Lubos Dobrovsky, Karel Freund, Jiri Hajek, Milos Hajek, Vaclav Havel, Ladislav Hejdanek, Jirina Hrabkova, Oldrich Hromadko, Marie Hromadkova, Jozef Jablonicky, Vladimir Kadlec, Eva Kanturkova, Bozena Komarkova, Marie Rut Krizkova, Ladislav Lis, Jaromir Litera, Vaclav Maly, Anna Marvanova, Jaroslav Meznik, Radim Palous, Milos Rejchert, Jakub Ruml, Jan Ruml, Jiri Ruml, Fan Sabata, Jaroslav Sabatova, Anna Sabatova, Jan Simsa, Petruska Sustrova, Petr Uhl, Vera Vranova, Josef Zverina